

# Schärferes Finanzierungsverbot abgelehnt

Auch im Kanton Schaffhausen hatte die Kriegsgeschäfte-Initiative keine Chance. Gescheitert ist das Volksbegehren nicht zuletzt an Bedenken, wie die 5-Prozent-Schwelle umgesetzt werden soll. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee plant indessen bereits eine Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes.

Reto Zanettin

BERN. Sie war die kleine Schwester der Konzernverantwortungsinitiative (KVI). Einerseits stand die Kriegsgeschäfte-Initiative (KGI) während des gesamten Abstimmungskampfs im Schatten der KVI, sie war sogar die am wenigsten thematisierte Vorlage seit 2018, wie aus dem Abstimmungsmonitor des Forschungszentrums Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich hervorgeht. Andererseits ging es bei der KGI ebenfalls um ein hohes gesellschaftliches Gut. Je weniger Geld die Rüstungsindustrie zur Verfügung habe, desto grösser seien die Chancen für Frieden, argumentierten die Gruppen für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und die Jungen Grünen, welche das Volksbegehren auf den Weg gebracht hatten.

Auch wenn das Kernanliegen der KGI selbst bei den Gegnern Sympathien weckte, haben Volk und Stände gestern Nein gesagt. Am Ende stimmten 57,5 Prozent der Stimmberechtigten gegen die Initiative; 42,5 Prozent waren dafür, dass beispielsweise die Schweizerische Nationalbank (SNB) und die Pensionskassen nicht mehr in Unternehmen investieren dürfen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit Rüstungsgütern erwirtschaften. Beim Ständemehr sah es ähnlich aus: Nur Basel-Stadt, Genf, der Jura und Neuchâtel stellten sich hinter die GSoA und die Jungen Grünen. Im Kanton Schaffhausen stimmten 58,4 Prozent Nein, 41,6 Prozent sagten Ja. Die Stimmbeteiligung lag in Schaffhausen bei 66,1 Prozent, während sie auf eidgenössischer Ebene bei 46,1 Prozent lag.

Die nackten Zahlen mögen eine deutliche Sprache sprechen. Trotzdem reklamieren die Initianten einen Erfolg für sich. «Die über 42 Prozent Zustimmung sind ein sehr gutes Resultat», findet GSoA-Sekretärin Nadia Kuhn. Nicht nur die politische Linke habe sich hinter das Anliegen

gestellt. «Wir konnten auch Stimmen aus den anderen politischen Lagern gewinnen.» Hinzu komme, erklärt Kuhn, dass sie und ihre Mitstreiter die Kampagne mit knappen finanziellen Mitteln hätten führen müssen und die Resonanz in der Öffentlichkeit im Vergleich zur KVI gering ausgefallen sei. Gemangelt hat es in den Augen von Gaëtan Surber, Vorstand der Jungen Grünen Schaffhausen, auch am Zutun anderer politischer Parteien: «Insbesondere der Support der Grünliberalen und der CVP hat gefehlt», sagt er gegenüber den SN.

Während die Initianten von einem erfolgreichen Abstimmungssonntag reden, hält der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter fest: «Die Initianten sollten den Volksentscheid akzeptieren, wie es sich in einer Demokratie gehört.» Die KGI sei deutlich abgelehnt worden, weswegen es sich nicht um einen Erfolg für die Befürworter aus dem linken Teil des politischen Spektrums handle.

## 5-Prozent-Schwelle kaum umsetzbar

In den Wochen vor dem Urnengang stand zur Debatte, wie sich die KGI auf die Anlagerisiken der Pensionskassen, die Renten und die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank auswirken lassen. Ebenso stand die Frage im Raum, wie die 5-Prozent-Schwelle in der Praxis gehandhabt werden sollte. Wie die Analyse des Abstimmungssonntags zeigt, scheiterten die Initianten mitunter an diesem Punkt.

Thomas Hurter sagt: «Die Befürworter konnten schon während der Anhörung in der Kommission nicht erklären, wie die 5-Prozent-Schwelle kontrolliert und gemessen werden soll.» Gaëtan Surber findet hingegen: «Die Gegner führten ins Feld, die Bürokratie in den Unternehmen würde steigen. Das ist populär und fällt leicht auf fruchtbaren Boden.» Er räumt insofern ein: «Weil es sich um eine technische Frage handelt, war es schwer, den Gegnern

Volk und Stände haben die Kriegsgeschäfte-Initiative abgelehnt. Die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern bleibt somit möglich, sofern diese nicht geächtete Waffen produzieren. BILD KEY



## Eidg. Abstimmungen Resultate Bezirk Andelfingen

	Initiative für verantwortungsvolle Unternehmen		Finanzierungsverbot Kriegsmaterialproduzenten		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Adlikon	115	216	109	217	67,3
Andelfingen	465	576	377	646	69,7
Benken	111	194	96	207	52,2
Berg am Irchel	119	178	100	192	64,3
Buch am Irchel	162	233	118	274	56,1
Dachsen	329	387	283	425	53,5
Dorf	98	191	74	209	60,1
Feuerthalen	516	592	422	675	48,7
Flaach	211	295	152	350	51,9
Flurlingen	280	324	260	342	58,9
Henggart	468	679	351	786	69,6
Humlikon	71	163	63	188	72,5
Kleinandelfingen	374	518	309	571	61,9
Laufen-Uhwiesen	262	382	222	418	51,9
Marthalen	314	434	254	491	54,3
Ossingen	323	356	256	417	54,0
Rheinau	256	245	218	279	58,8
Stammheim	530	652	425	747	56,8
Thalheim an der Thur	179	259	129	305	66,1
Trüllikon	188	232	155	267	51,3
Truttikon	97	127	83	139	64,1
Volken	54	79	35	99	54,0
<b>Total Bezirk Andelfingen</b>	<b>5522</b>	<b>7312</b>	<b>4491</b>	<b>8244</b>	<b>59,0</b>

etwas entgegenzusetzen.» Ähnlich tönt es vonseiten der GSoA. Wohl habe man immer wieder Beispiele für Finanzprodukte genannt, die eine Schwelle im Sinne der Initiative vorsehen würden. Doch: «Finanzmärkte sind ein hochkomplexes und abstraktes Thema. Es im politischen Diskurs zu vermitteln, ist schwierig», antwortet Nadia Kuhn auf die Frage, was den Ausschlag für das Votum gegen die Initiative gegeben habe.

Zum Nein beigetragen habe, so die Vertreter der KGI, ebenfalls die Sorge um die Renten, die bei einem Ja zur KGI mutmasslich unter Druck gekommen wären. «Die Altersvorsorge ist zweifelsohne ein sensibles Thema», hält Surber fest. In unsicheren Zeiten würden sich die Leute eher für den Status quo – also gegen eine Initiative – entscheiden. Am gestrigen Abstimmungssonntag habe sich das gezeigt. Nicht auf die krisenbehaftete Gegenwart, sondern auf eine gewisse Regulierungskapsis führt Hurter die Bedenken um die Altersvorsorge zurück: «Die Schweizerinnen und Schweizer wollen, dass die AHV und die Pensionskassen auch weiterhin frei von übermässiger Regulation investieren können und damit die Renten gesichert bleiben.» Ausserdem sei das Nein ein klares Votum für eine unabhängige SNB. «Sie en-

ger an die Politik zu binden, wäre fatal gewesen. Volk und Stände haben eine Verpolitisierung der SNB zum Glück verhindert», sagt Hurter.

Kuhn ist ausserdem überzeugt: «Die Pandemie und die damit verbundenen Unsicherheiten beschäftigen die Menschen stark.» In dieser Stimmungslage ziehe fast immer ein anderes Argument – jenes, wonach ein Volksbegehren der Wirtschaft schade, erklärt Surber. Hurter sieht dies anders, die Pandemie habe die Bevölkerung in diesem Abstimmungskampf nicht verunsichert. «Die Leute haben schlicht begriffen, dass die Wirtschaft trotz der Pandemie weiterlaufen sollte, damit wir unseren Wohlstand bewahren und Arbeitsplätze sichern können.»

## Kriegsmaterialgesetz verschärfen

Neben der 5-Prozent-Schwelle, der Altersvorsorge sowie der Unabhängigkeit der SNB stand für Kuhn gestern noch eine andere Frage im Raum – jene, inwiefern der Finanzplatz nachhaltig sein soll. Die GSoA-Sekretärin gibt sich diesbezüglich kämpferisch: «Nun wollen wir eine Ergänzung des Kriegsmaterialgesetzes.» Es verbiete zwar die direkte Finanzierung von geächteten

## Kommentar

# Das Interesse an Kriegsgeschäften besteht – und das ist durchaus richtig

Sie stand im Schatten der Konzernverantwortungsinitiative (KVI). Das Ziel des Volksbegehrens «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ging aber in eine ähnliche Richtung: Die Schweiz sollte eine Vorbildfunktion einnehmen und global etwas bewegen. Konkret ging es darum, dass es weniger Rüstungsgüter und damit auch kriegerische Auseinandersetzungen geben soll. Die Initianten – das sind die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Gsoa) und die Jungen Grünen – zielten dabei auf die Schweizerische Nationalbank (SNB), staatliche Vorsorgewerke (AHV und IV) sowie Pensionskassen. Im Gegensatz zur KVI fand das Finanzierungsverbot keine grosse Zustimmung über die linken Kreise hinaus, in der die Initiative lanciert worden war. Das mag sicherlich daran liegen, dass der Fokus auf dem anderen Abstimmungskampf gelegen hat. Ein weiterer Grund für das Nein dürfte aber auch die Komplexität des Geschäfts gewesen sein. Zwar stritten sich auch rund um die KVI Rechtsprofessoren. Die SNB, ihre Aufgabe und ihr Vorgehen beim Investieren scheinen aber nochmals ein Stück komplexer zu sein. Weiter dürften wie bei der KVI die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise eine Rolle beim ableh-

nenden Votum der Stimmbevölkerung gespielt haben. Einerseits war nicht klar, inwieweit Banken und KMU von der Initiative betroffen sein würden. Die 5-Prozent-Marke hätte wohl dazu



## «Kriegsgeschäfte und Rüstungsexporte interessieren die Leute.»

geführt, dass auch Unternehmen, die nur am Rande mit Munition oder ähnlichem Geld verdienen, getroffen würden. Zielführender wäre es gewesen, wenn beispielsweise eine Liste mit Rüstungskonzernen vorgelegt hätte. Andererseits will in der aktuellen Situation auch niemand seine Pension in Gefahr bringen oder zumindest die Institutionen einschränken, die sich um die Vorsorge kümmern. Pensionskassen und AHV stehen wegen tiefer Zinsen schon heute unter Druck. Die SNB muss sich zudem gerade in Krisenzeiten, in denen die Schweizer Währung zum sicheren Hafen wird, heftig gegen die Aufwertung des Frankens stemmen. Was die

Initiative forderte hätte die erwähnten Institutionen nur zusätzlich eingeschränkt und unter dem Strich zu wenig gebracht.

Dass aber doch beachtliche 40 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer dem Gsoa-Anliegen ihr Ja geschenkt haben, zeigt, dass Kriegsgeschäfte und Rüstungsexporte die Leute interessieren. Und das Thema wird auch nicht vom Tapet verschwinden: Die Korrektur-Initiative ist in diesem Sommer locker zustande gekommen. Sie fordert eine Einschränkung der Waffenexporte in Bürgerkriegsländer mit Menschenrechtsverletzungen. Das Geschäft muss vom Parlament noch diskutiert werden. Bereits jetzt steht aber ein Gegenvorschlag im Raum, der weite Teile der Initiative abdeckt – und bis in die Mitte Zustimmung erhalten dürfte. Die Stossrichtung der Korrektur-Initiative dürfte in der Bevölkerung auf mehr Zustimmung stossen. Denn weniger Waffen bedeuten nicht in jedem Fall weniger Leid. In Bürgerkriegssituationen dürfte dieser Kausalzusammenhang aber stimmen. Und für Menschenrechtsverletzungen sollen Schweizer Waffen nicht eingesetzt werden, sondern für das Training und mit dem Ziel, dass kriegerische Handlungen verhindert werden können.

## «Die Initianten sollten den Volksentscheid akzeptieren, wie es sich in einer Demokratie gehört.»

Thomas Hurter  
SVP-Nationalrat aus dem Kanton Schaffhausen

Waffen, also etwa die Kreditvergabe an Firmen, die Atomwaffen, biologische und chemische Waffen sowie Streumunition und Anti-Personen-Minen fabrizierten. «Doch die indirekte Finanzierung lässt das Gesetz noch immer teilweise zu.» In der Tat ist das Halten von Aktien eines Betriebes, der geächtete Waffen produziert, bloss dann untersagt, wenn damit das Verbot einer Kreditvergabe umgangen werden soll. «An dieser Stelle wollen wir nachbessern», stellt Kuhn in Aussicht.

Dieses GSoA-Ansinnen grenzt für Hurter an Augenwischerei. Die GSoA solle endlich zu ihrem Namen stehen. «Sie will eine Schweiz ohne Armee. Also soll sie eine Initiative starten und eine entsprechende Verfassungsänderung

vorschlagen.» Sie solle aber mit dem politischen Geplänkel aufhören, das sie auch mit der KGI betrieben habe, so Hurter.

Ob mit oder ohne GSoA, das Thema Rüstungsgüter wird die Schweiz auch weiterhin beschäftigen. Die «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» will mit ihrer Korrektur-Initiative verhindern, dass Schweizer Waffen in Länder exportiert werden, welche die Menschenrechte verletzen oder in einen Konflikt verwickelt sind. Der Bundesrat begegnet dem Volksbegehren mit einem Gegenvorschlag. Er kann zwar das Kernanliegen der Initianten nachvollziehen. Doch er möchte dieses nicht auf Verfassungsebene umsetzen, sondern in einem Gesetz verankern.

## Eidg. und kantonale Abstimmungen Resultate Thurgauer Gemeinden

	Initiative für verantwortungsvolle Unternehmen		Finanzierungsverbot Kriegsmaterialproduzenten		Objektkredit für den Neubau einer Schulsport-Turnhalle		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	
Basadingen	219	308	166	357	311	176	43,5
Berlingen	158	184	137	204	222	99	59,5
Diessenhofen	417	540	352	596	594	263	44,5
Ermatzingen	491	608	371	724	640	317	54,8
Eschenz	248	308	191	360	344	167	47,2
Hüttwilen	253	355	208	398	384	170	51,2
Mammern	85	133	60	156	127	68	55,7
Neunforn	170	246	151	261	278	106	49,9
Sälenstein	165	287	116	338	246	166	52,4
Schlatt	236	330	173	388	373	149	45,4
Steckborn	559	549	471	627	717	282	48,1
Wagenhausen	250	272	201	316	290	174	48,8